Nr. 124 — Jahrgang 19

Einzelnummer 0,20 Zł.

Donnerstag, den 1. Juni 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 4 — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 6. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Die Kleine Entente zum Viermächtepakt

Nachgeben auf Wunsch Frankreichs — Keine Revisionsfragen — Einigung auch in der Abrüstungsfrage

Dem „Frieden" entgegen?

Nach den offiziellen Berichten aus Paris und Prag, steht der Unterzeichnung des sogenannten Viermächtepaktes nichts mehr entgegen. Bekanntlich war der stärkste Widerstand von seiten der französischen Bundesgenossen gegen diesen neuen „Friedenspakt" in Szene gesetzt, weil sie mit Recht befürchtet haben, daß der ursprüngliche Text des Vertrages eine Umgehung des Völkerbundes, wenn nicht seine völlige Ausschaltung, bedeutet und zwar in einer der kritischten Fragen, der Revisionen, die den Neustaaten keine Ruhe lassen, weil sie den heutigen Zustand, bezüglich der Grenzen, als unantastbar betrachten. Der Standpunkt Polens ist ja zum neuen Text noch nicht bekannt, wenn auch anzunehmen ist, daß es sich jetzt den französischen Wünschen anpassen wird, nachdem die Kleine Entente auf ihrer Prager Tagung fast diesen Pakt begrüßt, dem sie ursprünglich den heftigsten Widerstand entgegenstellte. Diese Wandlung bedeutet nichts anderes, als daß im neuen Text des Viermächtepaktes sich der französische Standpunkt völlig durchgesetzt habe, vielleicht auch, daß Frankreich lieber diesem „Friedenspakt", denn bei den Abrüstungsvorschlägen, Entgegenkommen zeigen will, um nicht die ganze Schuld auf sich laden zu wollen, daß es jede Friedensidee sabotiert. Und doch scheint, innerhalb der Kleinen Entente, ein neuer Zug zu gehen, dessen Umrisse noch nicht ganz klar herauszulesen sind. Mit allem Nachdruck hat sie sich zunächst durch ihre Presseorganisation gegen jede Friedensvertragsrevision ausgesprochen, während beim ersten Zusammentritt der jugoslawischen, tschechischen und rumänischen Außenminister doch zugegeben wird, daß ein solcher Pakt notwendig ist und man seiner Unterzeichnung keinen Widerspruch entgegenstellt. Frankreich soll, so heißt es in einem öffentlichen Bericht der Tagung der Kleinen Entente, die Wünsche seiner Bundesgenossen voll befriedigt haben.

Der französische Ministerpräsident hat der Kammer gegenüber die Erklärung abgegeben, daß der Pakt zur Unterzeichnung kommt und daß jetzt der Text bereits feststeht. Was aber in Paris nicht ganz klar gesagt wurde, das bestätigen die Außenminister der Kleinen Entente auf ihrer Prager Tagung, daß, sowohl der Artikel 19, als auch 16, der Völkerbundssatzungen in den Pakt hineingearbeitet sind, d. h. also, daß der Völkerbund auch über den neuen Pakt wachen wird, so daß irgendwelche Revisionswünsche nur mit seiner Zustimmung und mit seiner Einstimmigkeit, diskutiert werden dürfen, was praktisch diesen ganzen Viermächtepakt zu einer Fiktion gestaltet, wie hier schon vor einigen Tagen hingewiesen wurde, daß er nichts anderes, als ein „Fetzen Papier" ist, um den sich die Staatsmänner bei kommender Gelegenheit kaum kümmern werden, wie auch der Antikriegspakt Kelloggs sich bei dem chinesisch-japanischen Konflikt als fruchtlos erwies. Ueberdies muß mit besonderem Nachdruck die Tatsache registriert werden, daß auch von den Sanktionen alles bestehen bleibt und daß Deutschland bereit sein soll, den Pakt in dieser Form mit zu unterzeichnen. Gewiß, wer den Frieden will, der braucht auch vor dieser Sanktionsklausel keinen Halt zu machen, aber wenn der Frieden durch diesen Viermächtepakt auf zehn Jahre garantiert werden soll, eventuelle Revisionen nur unter Zustimmung, und zwar aller Völkerbundsstaaten einheitlich, vorgenommen werden können, das bedeutet, daß an dem heutigen Zustand nichts geändert werden darf, erhebt sich die Frage, zu welchem Zweck man überhaupt ein neues Abkommen schafft, wenn alles beim Alten bleiben soll. Der Sinn des Paktes soll doch die Befriedung Europas sein, die Unruhen, die sich doch ergeben haben, sind Folgen der Friedensverträge, behaupten die Staatsmänner und nun will man diesen Unruhezustand durch einen Pakt verewigen

Es ist dies ein neuer Beweis mehr, daß die Herrschaft des Kapitalismus erschüttert ist. Man will den heutigen Zustand aufrecht erhalten, bemüht sich aber um neue Abkommen, um nur den Völkern zu zeigen, daß etwas gemacht wird, obgleich die Ursachen der heutigen Krise in keiner Beziehung behoben werden. Gleichgültig, ob nun der Pakt vor oder nach der Weltwirtschaftskonferenz unterzeichnet wird, Tatsache bleibt, daß er am heutigen Zustand nichts ändert, daß auch diesmal die Staatsmänner dokumentieren, daß sie nicht in der Lage sind, der Krise und allen, aus ihr kommenden, Folgen zu begegnen. Man gibt weiter zu, daß auch mit Revisionen nichts erreicht werden kann, man findet sich mit ihrer Beseitigung ab, um nur die Lebensdauer der heutigen Regierungsform zu festigen, man sieht auf Schritt und Tritt, daß jede neue Unruhe das ganze kapitalistische System zum Sturz führen kann, und aus diesem Grunde greift man zu einem neuen Fetzen Papier, den man „Friedensgarant" zu nennen beliebt. Und je energischer die Staatsmänner gegen ihre eigenen Völker vorgehen, um so mehr Garantien brauchen sie, um den Faschismus im Innern zu festigen. Nun, dieser neue Pakt ist an sich wertlos, kann an den heutigen Zuständen nichts ändern, ebensowenig, wie es die Weltwirtschaftskonferenz wird tun können, deren Abschluß erst im Oktober zu erwarten ist und wenn dann die Krisenbehebung den gleichen Verlauf nimmt, wie die Vorbereitungen zu den papiernen Resolutionen, dann werden die breiten Massen erfahren, was sie von der Staatskunst ihrer führenden Politiker zu erwarten haben und wie nutzlos alle diese Pakte sind, weil sie eben nur diktiert werden, von dem Willen, den heutigen Machtzustand gegen die Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten. —ll.

Prag. Der ständige Rat der Kleinen Entente beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung am Dienstag mit dem **Viermächtepakt**. Nach Kenntnisnahme der neuen Texte und der den drei Außenministern gegebenen Informationen aus Paris wurde übereinstimmend festgestellt, daß der Inhalt des Viermächtepaktes nunmehr der französischen Denkschrift vom 10. April angeglichen sei, daß sich somit der Viermächtepakt nur auf solche Dinge beziehen könne, die ausschließlich die Interessen der **unterzeichnenden Staaten berührten**. Die drei Außenminister nahmen die Versicherungen der Westmächte bezüglich der Grenzen der von diesen Mächten unternommenen Aktion und bezüglich der **Unantastbarkeit der Zuständigkeit des Völkerbundes zur Kenntnis**. Sie nahmen weiter die Versicherung der Signatarmächte des Abrüstungsabkommens zur Kenntnis, daß die Grenzen der Staaten der Kleinen Entente nicht berührt würden. Auf Grund der von der französischen Regierung in **Uebereinstimmung** mit den **früheren Vereinbarungen gebotenen Garantien gegen alle Revisionsversuche** kann der Viererpakt nach Ansicht der drei Außenminister der Kleinen Entente nicht zu einem Abkommen werden, daß die Absicht verfolgen könnte, direkt oder indirekt Revisionen gegen den Willen der Beteiligten herbeizuführen. Die drei Außenminister erklären feierlichst, daß der Standpunkt ihrer Staaten absolut dahingehend übereinstimmt, daß die **Frage einer Revision ihrer Landesgrenzen für sie überhaupt nicht besteht**. Die **Aufrollung** der Revisionsfrage könnte die Beziehungen dieser Staaten **nur weiter festigen**.

In der Frage der **Abrüstungsverhandlungen** drückt der ständige Rat die Ueberzeugung aus, daß diese Verhandlungen zum Ziel führen werden. Auf Grund dieser Sachlage geben die Kleinen Entente-Staaten **ihre Zustimmung zum Punkte der Gleichberechtigung**, die etappenweise und im Rahmen der allgemeinen Sicherheit verwirklicht werden müsse. Sie sind der Ansicht, daß die **Abrüstungskonferenz** noch in diesem Jahr abgeschlossen werden muß.

Unterzeichnung des Viermächtepaktes zögert sich noch hinaus

Berlin. Die von einem Teil der ausländischen Presse **systematisch** und zu **durchsichtigen** Zwecken verbreiteten Nachrichten über eine **unmittelbar** bevorstehende Unterzeichnung oder Paraphierung des Viermächteabkommens können in Berlin noch nicht bestätigt werden.

In Berliner politischen Kreisen hat man den Eindruck, als ob es mit der Unterzeichnung **nicht so schnell geht**, wie das in anderen Hauptstädten vielleicht glaubhaft gemacht werden möchte.

Nach deutscher Auffassung gibt es auf diplomatischem Wege noch eine Reihe von Fragen zu erörtern, **bevor** die Unterzeichnung erfolgen kann.



Dr. Rauschning
der kommende nationalsozialistische Senatspräsident Danzigs.

*

Danzig. Amtlich wird mitgeteilt: Der Senat ist Dienstag **zurückgetreten**. Er führt bis zur Bildung einer Regierung gemäß Artikel 31 der Danziger Verfassung die Geschäfte weiter. Um möglichst bald die Bildung einer neuen Regierung zu ermöglichen, hat der Senat den Wahlkommissar ersucht, die endgültige Feststellung der Wahlergebnisse zu beschleunigen. Mit der Feststellung der Wahlergebnisse ist frühestens Anfang nächster Woche zu rechnen.

Diktatoren aller Länder, vereinigt euch!

Faschismus und Kommunismus Bundesgenossen!

Rom. Von **italienischer** Seite wird amtlich mitgeteilt, daß der sowjetrussische Botschafter in Rom, **Potemkin**, am Mittwoch nach Genf reisen wird, um dort mit dem Kommissar des Auswärtigen Amtes, **Litwinow**, zusammenzutreffen. Von Genf aus werde sich **Potemkin** nach **Moskau** begeben, um sich mit der russischen Regierung zu besprechen.

Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß in der letzten Zeit die **italienisch-russischen** Beziehungen auch öffentlich und in der Presse einen besonders **herzlichen Charakter** angenommen haben, läßt diese kurze amtliche Mitteilung darauf schließen, daß hier ein **neuer wichtiger außenpolitischer Erfolg Mussolinis und Italiens** vorliegt, der **über die wirtschaftlichen Abmachungen der letzten Woche weit hinausgeht.**

Polen lehnt weiter ab

Warschau. Die halbamtliche Iskra-Agentur veröffentlicht eine offenbar von maßgeblicher Stelle beeinflußte **Erklärung** zum Viermächtepakt, in der es wörtlich heißt: „Bekanntlich hat sich die Ministerkonferenz der Kleinen Entente, die am 30. Mai in Prag beginnt, u. a. auch mit der Frage des Viermächtepaktes zu befassen. Wie es heißt, ändern die Regierungen der Kleinen Entente ihre bisherige **ablehnende** Haltung zu dem erwähnten Pakt. Wie in gut unterrichteten politischen Kreisen Warschaus verlautet, erfährt die Haltung der **polnischen** Regierung zum obigen Pakt **keinerlei Veränderung**, sie bleibt auch weiterhin negativ.

Zahlreiche Terrorakte in Spanien

Weitverzweigte Geheimorganisation aufgedeckt.

Madrid. In ganz Spanien haben sich wieder **zahlreiche Terrorakte ereignet**. Bomben explodierten in den Städten **Gijon, Ferrol, Coruna, Granada** und **Alcala de Guadaira** bei **Sevilla**. In dieser letzten Stadt wurden das Haus eines Arbeitgebers und fünf weitere Häuser stark beschädigt.

In **Madrid, Zaragoza** und **Gijon** wurden zahlreiche Angehörige linksradikaler Parteien **festgenommen**, nachdem die Polizei eine **weitverzweigte Terroristenorganisation aufgedeckt hatte**.

Die Bernheimbeschwerde vor dem Völkerbund

Deutschland lehnt Bericht ab — Einsetzung eines Juristenausschusses

Genf. Der Völkerbundsrat trat am Dienstag unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters zusammen, der an Stelle des eigentlichen Ratspräsidenten, des Vertreters von Mexiko, den Vorsitz im Rat übernommen hatte. An der Sitzung nahmen Paul Boncour, Eden und als Vertreter der Reichsregierung Gesandter von Keller teil.

Der Berichterstatter, der Vertreter Irlands, erstattete dem Völkerbundsrat sodann Bericht über den einzigen auf der Tagesordnung stehenden Punkt, die von Franz Bernheim unterzeichnete Beschwerde über die

„Lage der jüdischen Minderheit in Oberschlesien".

Im Bericht, der erst in den späten Nachtstunden den Ratsmächten zugegangen war, wird ausgeführt: Zur Verhandlung stehe die Frage, **ob bestimmte deutsche Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen in Oberschlesien vereinbar sind mit dem dritten Teil der deutsch-polnischen Minderheitenkonvention für Deutsch-Oberschlesien. Diese Gesetze und Bestimmungen enthielten in den verschiedensten Formen Einschränkungen, die sich ausschließlich auf die jüdische Bevölkerung beziehen.**

Die Prüfung der in der Beschwerde angeführten deutschen Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zeige,

daß zumindesten einige dieser Bestimmungen in der Anwendung auf Oberschlesien im Gegensatz zu einer Reihe von Bestimmungen der deutsch-polnischen Minderheitenkonvention stehen.

Die deutsche Erklärung, daß gewisse Verletzungen der Konvention als irrtümliche Gesetzesauslegung durch untergeordnete Instanzen aufzufassen seien, bedeute, daß die deutsche Regierung Maßnahmen treffen werde, um damit die deutschen Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen in Oberschlesien nur in dem Umfange anzuwenden, indem sie nicht mit den Bestimmungen der Minderheitenkonventoin im Gegensatz stehen.

Der Berichterstatter schlug zum Schluß dem Völkerbundsrat vor, von der Erklärung des deutschen Vertreters Kenntnis zu nehmen in der Ueberzeugung, **daß die deutsche Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen werde, um die uneingeschränkte Achtung der Bestimmungen der Genfer Minderheitenkonvention einzuhalten.** Zu der Frage der Schäden, die durch die Anwendung der deutschen Gesetze in Oberschlesien der jüdischen Minderheit und besonders dem Beschwerdeführer zugefügt worden sind, schlug der Berichterstatter dem Völkerbundsrat vor, **diese auf dem Wege des lokalen Verfahrens prüfen zu lassen und gleichzeitig die deutsche Regierung zu ersuchen, eine Prüfung des Falles Bernheim vorzunehmen.**

Gesandter von Keller erklärte sodann, er bedauere, den Bericht nicht annehmen zu können.

Aus der Beschwerde Bernheims geht klar hervor, daß der Beschwerdeführer mit Oberschlesien durch keinerlei Bande, weder des Ursprungs noch des Blutes verbunden sei. Bernheim sei erst seit kurzem als Handelsangestellter in Oberschlesien. Selbst wenn man zugeben wollte, daß der Beschwerdeführer das Recht habe, für seine Person auf Grund des Artikels 147 der deutsch-polnischen Minderheitenkonvention Beschwerde zu führen, so hat er in keinem Falle das Recht, eine Beschwerde wegen allgemeinen Fragen und über die Anwendung der deutschen Gesetze in Oberschlesien einzureichen, da er durch diese Gesetze in keiner Weise berührt werde. Der Völkerbundsrat hätte daher mit dieser Frage überhaupt nicht befaßt werden dürfen, ebensowenig wie die Reichsregierung deshalb verpflichtet wäre, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Der Bericht des Berichterstatters trägt der Rechts- und Tatsachenlage jedoch in keiner Weise Rechnung, da er die Frage der Anwendung der deutschen Gesetze in Oberschlesien aufwirft und daraus gewisse Feststellungen und materielle Folgerungen zieht. Die deutsche Regierung hält selbstverständlich ihre grundsätzliche Erklärung aufrecht, ist jedoch der Ansicht, daß der Völkerbundsrat sich begnügen müsse, von der deutschen Erklärung Kenntnis zu nehmen und die Beschwerde in allgemeiner Richtung als erledigt anzusehen.

Die Aussprache

Der Berichterstatter Leister-Irland schlug dem Völkerbundsrat vor, die beiden von Deutschland vorgebrachten Rechtsvorbehalte einem engeren Juristenausschuß zu überweisen, der in 8 bis 14 Tagen dem Völkerbundsrat ein Gutachten über die Rechtsvorbehalte vorlegen soll. Leister betonte jedoch, **daß sein Schweigen zu den deutschen Ausführungen nicht als Zustimmung zum deutschen Standpunkt aufgefaßt werden könne.** Eine ähnliche Erklärung gab der englische Staatssekretär Eden ab, **der gleichzeitig seine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit gegenüber der deutschen Auffassung zum Ausdruck brachte.** Unter gespanntester Aufmerksamkeit des überfüllten Saales gab sodann Paul Boncour eine längere Erklärung ab, in der er ausführte, **der Völkerbundsrat könne nicht das Recht einer Rassenmißachtung zulassen, die über die ganze Welt verstreut sei.** Frankreich habe als erster Staat in der französischen Revolution die Juden von drückenden Sonderbestimmungen befreit. Auf der Versailler Konferenz habe Deutschland den Abschluß von Minderheitenschutzverträgen durchgesetzt und sich verpflichtet, **im eigenen Lande die gleichen Minderheitenrechte zu achten, die Deutschland von anderen Staaten zum Schutz der deutschen Minderheit fordert.**

Der polnische Vertreter Graf Raczynski gab eine Erklärung gegen Deutschland ab. Polen schließe sich, so erklärte er, vollständig der Erklärung Frankreichs und Englands an und stelle fest, daß Deutschland seine bisherige Haltung in der Frage des Minderheitenschutzes aufgegeben habe. Jede Ratsmacht habe das moralische Recht, an Deutschland den Appell zu richten, dem Judentum die gleichen Rechte zu garantieren. Heute sei in Deutschland das Judentum nur in einem kleinen Teil geschützt. **Das gegenwärtige Minderheitensystem müsse grundsätzlich abgeändert werden.**

Der spanische Außenminister Zulueta wies auf die internationale Bedeutung des Falles hin und verlangte eine schnelle unde endgültige Entscheidung. Gleichlautende Erklärungen gaben sodann die Vertreter Norwegens, der Tschechoslowakei und Guatemalas, die ausdrücklich ihren Gegensatz gegenüber dem deutschen Standpunkt betonten. Von den Ratsmächten gab lediglich der Vertreter Italiens keine Erklärung ab.

Die Verhandlungen wurden sodann abgeschlossen, bis der Bericht des Juristenausschusses vorliegt. Der Berichterstatter stellte zum Schluß fest, **daß er die deutschen Andeutungen über das mangelhafte Pflichtbewußtsein des Völkerbundsrates in den Minderheitenfragen auf das Schärfste ablehnen müsse.** Der Völkerbundsrat beschloß, 48 Stunden nach Vorliegen des Berichtes des Juristenausschusses zur endgültigen Entscheidung des Falles Bernheim wieder zusammenzutreten.

Der Juristenausschuß tritt unverzüglich zusammen.



Internationale Gläubiger-Konferenz in Berlin eröffnet

Die englischen Bankiers Robert Henry Brand und Frank C. Tiarks (Henry Schroeder Bank in London) vor der Reichsbank, in der die Konferenz stattfindet. — Seit Montag tagt in der Reichsbank in Berlin die sogenannte „Transfer-Konferenz". Rund 40 Bankiers fremder Staaten sind als Vertreter der Auslandsgläubiger erschienen, um mit der Reichsbankleitung über die weitere Gestaltung des deutschen Schuldendienstes, insbesondere soweit eine Transferierung von Zinsen in Frage kommt, zu beraten.

Kampfring junger Deutschnationaler aufgelöst

Hamburg. Der Kampfring junger Deutschnationaler ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Febr. 1933 am Montag verboten und aufgelöst worden.

*

Berlin. Zu dem Verbot des Kampfringes junger Deutschnationaler in Hamburg teilt uns der Reichskampfringführer von Bismarck mit, daß sowohl von ihm, wie von der Führung der Deutschnationalen Front **beim Reichsminister des Innern und beim Senat in Hamburg** gegen dieses Verbot Beschwerde eingelegt ist. Bisher sind dem Reichskampfringführer die Gründe für das Verbot nicht mitgeteilt worden. Heranziehung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933, die sich gegen staatsfeindliche Elemente richtet, **ist umso unverständlicher,** als der Reichskampfführer schon vor längerer Zeit Anordnung auf **strenge Prüfung bei Aufnahme neuer Mitglieder erlassen hat.**

*

Jena. Die Jenaer Kampfgruppe deutschnationaler Studenten hatte für Dienstag abend eine Versammlung einberufen, in der die Frage der Gleichschaltung der Korporationen zur Sprache kommen sollte. Als Redner waren der Fachberater für Hochschulfragen, Bothe-Berlin, der Kampfringführer für Thüringen, Dr. Bergmann-Gotha und Professor Lent-Erlangen vorgesehen. Die Versammlung wurde jedoch auf Veranlassung des thüringichen Ministeriums verboten, ebenso eine im Anschluß hieran einberufene geschlossene Mitgliederversammlung der deutschnationalen Studenten und der Angehörigen der deutschnationalen Front. Eine Begründung für dieses Verbot, über das am Mittwoch in Weimar Besprechungen stattfinden sollen, wurde zunächst nicht gegeben.

Versammlung des Tannenbergbundes aufgelöst

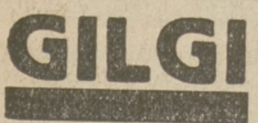
Der Redner verhaftet.

Bad Segeberg. Eine in Itzstedt stattgefundene Versammlung des Tannenbergbundes, die vertraulicher Natur war, ist von der Landjägerei aufgelöst worden. Der Redner, Oberst Götze, sowie der Versammlungsleiter wurden in Schutzhaft genommen.

Papen und Blomberg beim Reichspräsidenten

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute Vizekanzler von Papen und den Reichswehrminister General der Infanterie von Blomberg zum Vortrag.

Außerdem empfing Reichspräsident von Hindenburg den von seinem Posten scheidenden spanischen Botschafter in Berlin, Araquistain y Quevedo, in Abschiedsaudienz.



EINE VON UNS

Irmgard Keun

16)

Kaiser-Wilhelm-Ring. Greif. Magdalene Greif geb. Kreil. Wieder steigt Gilgi eine Treppe hinauf. Es riecht nicht schlecht hier. Es ist still hinter den Türen. Kein Schreien, kein Schimpfen, keine stinkige, veratmete Luft, die sich lähmend auf die Brust legt. Freches, hochmütiges Treppengeländer — Aufgang für Dienstboten und Lieferanten verboten! — hochherrschaftliches Haus. Klebrige Bratkartoffeln — Dame ohne Unterleib. Sekundenlang hab' ich geglaubt, daß die Täschler meine Mutter ist. Weil ich's geglaubt habe, ist sie's gewesen, ob Sekunden, zwei, drei, vier — Tage — Wochen — furchtbar egal. Magdalene Greif, geb. Kreil. Feines Haus — ekelhaft feines Haus. Ich gehör' nicht hierher. In die Thieboldsgasse gehör' ich auch nicht, aber das stinkige Zimmer da — das ging mich was an. Warum? Herrgott im Himmel — Olga, Pit, Mutter — helft mir, ich will nicht denken. Und da wickelt man sich zwei Sonnenstrahlen um die Handgelenke — Du mit den frechen starken Zähnen, mit den lebendigen Händen, dem aufrechten, ungebrochenen Nacken — Gott, lieber, lieber, lieber Gott, zehn Minuten steh' ich hier schon vor dem lächerlichen gemalten Flurfenster, weiß, daß ich hier stehe, bin doch nicht verrückt. Da ist was los mit mir — los mit mir — los mit mir. Man denkt in Schlagern, fühlt im Schlagerrhythmus, taucht darin unter — tam-tam-tam-ta — Schlager: Flucht von und zu —

Langsam steigt Gilgi — Stufe für Stufe. Sie weiß noch nicht, was sie sagen wird, hat sich gar keinen Plan gemacht. Das muß der Augenblick ergeben. Ruhig und fest drückt ihre Hand auf den weißen Klingelknopf: dünnes Bellen. Sicher so'n widerlich fetter, kleiner Hund. Ein Dienstmädchen: „Bitte???"

„Möcht' Frau Greif sprechen."

„Gnädige Frau sind verreist." Natürlich, das ist so'n unsympathisches Haus, wo die Dienstmädchen so ein merkwürdig verschrobenes Standesbewußtsein kriegen, angepaßt den Einnahmen ihrer Herrschaft, nicht dem eigenen Lohn.

„Wann kommt sie wieder?"

„Nicht vor acht Wochen."

„Wo ist sie denn?"

„In St. Moritz, fährt von da aus nach Nizza. Ihr Name?"

„Nicht so wichtig. — Komm' in acht Wochen noch mal wieder."

Gilgi fühlt ein feindseliges Gefühl in sich aufsteigen. Eine in grauem Schmutz — eine in hellem Licht — keine unwertiger als die andere. Gilgi lehnt sich übers Treppengeländer. In manchen Menschen liegt's so drin, daß sie sich nicht über Brückenrampen und Treppengeländer beugen können — ohne runterzuspucken. Gilgi spuckt. — Klick — macht die Spucke, als sie unten auf dem kalten Marmor aufklatscht. Gilgi freut sich. Das war so eine Art winziger Genugtuung für die Täschler, ein kleines Bekenntnis — noch ungedacht — ein ja und ein nein. Nochmal: ... Klick.

Gilgi sitzt auf ihrem Zimmer. Jetzt wird gearbeitet. Das geht so nicht weiter, man kommt zu nichts. Die Muttersuche, der Verwandtenkram, die Karnevalsunruhe — schrecklich, wie einen das in Anspruch nimmt. Gilgi übersetzt aus „Three men in a boat." Hin und wieder stützt sie den Kopf in die Hände, starrt vor sich hin: fünf Minuten, zehn Minuten, fünfzehn Minuten — was soll denn das? Ist das gearbeitet? Na, zum Donnerwetter, man wird doch wohl noch nachdenken dürfen. Was wird sie anziehen morgen? Ob's ihr gelingen wird, ebenso hübsch auszusehen wie Olga? Ich hab' — ich hab' ein Rendezvous — na, was das schon ist!

Gilgi wartet in der kleinen Konditorei von vorgestern. Martin Bruck ist noch nicht da, muß aber gleich kommen. Sie sitzt mit dem Rücken zur Tür: jedesmal, wenn sie ein Geräusch hört, dreht sie den Kopf, der Hals tut ihr schon weh. Und jedes Geräusch an der Tür bringt eine Welle von Hoffnung — und Enttäuschung. Nein, so hat sie noch nie gewartet, so noch nie. Kommt er? Kommt er nicht? Die kleine Dame Gilgi rät Kreuzworträtsel und will überzeugt sein, daß sie heute sowieso für eine Stunde ins Cafe gegangen wäre. Sehr fein ist die kleine Dame Gilgi: die Hände sind säuberlich manikürt, die Brauen exakt nachgezogen, der helle Georgettekragen auf dem braunen Seidenkleid ist heute morgen in Benzin gereinigt worden und strahlt nun in selbstbewußter Sauberkeit. Der bunte Schal duftet nach Chypre. So fein ist die kleine Dame Gilgi, so hübsch sieht sie aus. Hat das denn Sinn, für sich allein so hübsch auszusehen? Der Martin Bruck langweilt sich in Köln, hat Olga und Gilgi heute treffen wollen, aber Olga hat gleich gesagt, daß sie keine Zeit hat — brave Olga! — na, dann eben Gilgi allein. Und nun ist Gilgi getreulich zur Stelle, und der verfluchte Kerl kommt nicht. Der krumme Hund, der. Man wird sich doch nicht ärgern. Ist doch nur ein Mann. Aber wer sich vornimmt, sich nicht zu ärgern, der ärgert sich schon, und wer um alles in der Welt nicht wütend sein will, der ist bereits wütend.

So, und jetzt geht sie. Und wenn er noch kommt, geschieht's ihm ganz recht, daß er sie nicht mehr vorfindet. Der krumme Hund. Gilgi geht auf ihr Zimmer. Beiläufig wirft sie einen leeren Messingaschbecher an die Wand. Ich bin doch nicht ärgerlich. Keine Spur. Im Gegenteil. Hab' jetzt schöne Zeit für mich. Und sie setzt sich vor die Eriba-Schreibmaschine, die Tasten fliegen. Sie schreibt zehn spanische Geschäftsbriefe — zur Uebung. Sieht nicht einmal auf, stürzt nicht einmal den Kopf in die Hände, um vor sich hin zu starren. Tick — tick — tick — rrrr...

Gilgi liest eine Annonce im Tageblatt. Jeman sucht für abends eine flotte Maschinenschreiberin. Was für mich. Wird hingegangen. Adresse ist angegeben. Persönliche Vorstellung erbeten zwischen 7 und 8.

„Sie haben Glück gehabt", sagt die Blasse zu Gilgi, als sie gemeinsam das große Haus in Lindenthal verlassen. Natürlich hab' ich Glück, denkt Gilgi und macht lange, selbstbewußte Schritte. Sie hat die Stelle. Bei einem älteren ehemaligen Offizier, der anscheinend sein Vermögen geschickt durch die Inflation balanciert hat, um jetzt in Ruhe und Frieden seine Kriegserinnerungen zu schreiben. Ungefähr vier Wochen lang — jeden Abend von sieben bis neun wird er ihr diktieren. Ein schöner Nebenverdienst. Zahlt anständig, der Mann. Stunde 1,50. Daß sie ihre eigene Maschine mitbringen wird, hat sie über die anderen Bewerberinnen siegen lassen. Vielleicht auch, daß sie so ein bißchen verheißungsvoll mit den Augen gekullert hat. So niedliche Von-unten-nach-oben-Blicke wirken bei Männern über fünfzig fast immer. Ferner ist's gut, an Beschützerinstinkte zu appellieren, im richtigen Augenblick solides Selbstbewußtsein durch die kleidsame Hilflosigkeit zu ersetzen. Man muß das alles verstehen. Gilgi versteht es. Auf die Arbeitgeber ist man nun mal angewiesen, und ganz ohne Mätzchen ist ihnen nicht beizukommen. Können allein entscheidet nicht, Mätzchen allein entscheiden nicht — beides zusammen entscheidet meistens.

(Forts. folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die „Genossenschaft“ der „Allpolnischen Bruderschaft

Ein schöner Titel ist das für eine Genossenschaft, die man in Warschau gegründet hat. Was diese Genossenschaft bezweckte, das konnten wir leider nicht erfahren, weil die Statuten gegenwärtig der Staatsanwalt „prüft“. Schon allein die Tatsache, daß der Staatsanwalt die Statuten in den Händen hat, beweist am besten, daß das eine höchst sonderbare Genossenschaft sein mußte.

Aus den Gerichtsstuben ist durchgesickert, daß der Präses der Genossenschaft ein gewisser Michalowski war, der sich rühmen konnte, großen Einfluß bei der Regierung, vor allem in den einzelnen Ministerien, gehabt zu haben und auf diesem Einfluß wurde auch die „Allpolnische Bruderschaft“ aufgebaut. Später hat sich natürlich erwiesen, daß auch dieser Einfluß dieselben Unterlagen hatte, wie die ganze Genossenschaft und es blieb lediglich bei dem viel verheißenden Titel. Die „Allpolnische Bruderschaft“ bestand eigentlich in der „Nächstenliebe“ des weiblichen Geschlechts, durch den Präses, dem zwei weitere Vorstandsmitglieder, ein Leutnant Lobojko und ein Ingenieur Kozak zur Seite standen. Die „Allpolnische Bruderliebe“ scheint nicht einmal unter den Vorstandsmitgliedern festen Fuß gefaßt zu haben, weil die Herren vom Vorstande bei dem Staatsanwalt erschienen sind und sich gegenseitig in ein schiefes Licht gerückt haben.

So erschien der Leutnant Lobojko bei dem Staatsanwalt und erzählte, daß der Präses der Genossenschaft, Bronislaw Michalowski, ihnen Wunderdinge versprochen hat. Er wollte viel Kapitalien durch seinen großen Einfluß heranlocken, was er durch Gewinnung von hohen Staatsbeamten, als Genossenschaftsmitglieder zu erreichen gedachte. Die hohen Persönlichkeiten sind nicht gekommen, die Kapitalien sind ausgeblieben und der große Einfluß ist in Nichts zerronnen. Dafür hat der Präses Michalowski ganz andere Dinge gemacht. Nachdem er die Genossenschaft gegründet hat, hat er auch das Personal angestellt. Er stellte ein junges Büromädchen an und eine junge hübsche Bedienerin. Nun teilte der Leutnant dem Staatsanwalt mit, daß der Herr Präses beide Mädchen vergewaltigt hat. Das ganze Personal der Genossenschaft, der „Allpolnischen Bruderschaft“ hat der Leutnant dem Staatsanwalt vorgeführt und das Personal hat die Angaben bestätigt. Später hat allerdings ein Mädchen die Beschuldigung des Präses zurückgenommen, während das andere Mädchen die Beschuldigung aufrecht erhält. Als der saubere Herr Präses erfuhr, daß der Leutnant gegen ihn eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattete, drohte er ihm mit dem Erschießen. Auch diese Drohung wurde dem Staatsanwalt mitgeteilt und daraufhin hat die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des Präses Michalowski angeordnet.

Damit fand aber die saubere Sache keinen Abschluß, denn der verhaftete Michalowski erstattete seinerseits eine Anzeige gegen den Leutnant Lobojko und den Ingenieur Kozak, daß sie an ihm eine Erpressung begangen haben und als er sich zur Wehr setzte, hat man ihn falsch und unschuldig bei der Staatsanwaltschaft denunziert. Die Staatsanwaltschaft weiß jetzt schlecht, was wahr und was unwahr ist und erst die Untersuchung kann ergeben, wer hier als Erpresser vor den Richter gehört. Jedenfalls ist das eine sonderbare Genossenschaft, diese „Allpolnische Bruderschaft“ und das Gericht wird noch seine liebe Mühe haben, den wahren Zweck der Genossenschaft festzustellen. Das sich aber die Intelligenz zu einem solchen zweifelhaften Geschäft hergibt, ist auch ein Zeichen der Zeit.

Unter der Firma der Genossenschaft birgt sich da manches, was diese Organisationsform diskreditiert. Herr Swienty hat auch „Genossenschaften“ gegründet, denn er war der festen Ueberzeugung, daß man unter der Genossenschaftsfirma viel leichter die Leute betrügen kann. Er verlangte die Einzahlung der Genossenschaftsanteile, die nicht zu jeder Zeit rückzahlbar sind. Die Geschäftsanteile muß man ein Jahr vor dem Austritt kündigen und da hatte der Obergauner Zeit genug gehabt, das Geld der kleinen Leute sicher unterzubringen und zwar in dem Sinne, daß sie niemals in den Besitz der eingezahlten hohen Anteile gelangten. Die Angestelltenkautionen hat Swienty natürlich auch unter dem Titel „Geschäftsanteile“ einkassiert und hat diese Kautionen niemals zurückgezahlt. Als endlich die Behörden eingegriffen haben, machte sich Swienty aus dem Staube und reiste zuerst nach Danzig und nachdem er auch dort unsaubere Geschäfte vollzogen hat, nach Königsberg. Er wird später unter einem anderen Namen wieder irgendwo auftauchen und Dumme suchen, denn das scheint sein Beruf zu sein.

Bank Gospodarstwa Krajowego über die Wirtschaftslage

Die Bank Gospodarstwa Krajowego befaß sich in einem Bericht über die Wirtschaftslage in Polen. Daraus wäre zu entnehmen, daß der Dollarsturz auch bei uns im Sparwesen eine Beunruhigung hervorgerufen hat. Man hat die Dollarspareinlagen zurückgezogen und verwandte das Geld für Neuanschaffungen. In der Landwirtschaft ist eine kleine Besserung eingetreten, die zur Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte führte. Doch sind infolge der Preissteigerung die Umsätze zurückgegangen. Im Bergbau ist wiederum ein Rückgang der Produktion eingetreten und der Kohlenabsatz stockt. Auch die Hüttenproduktion weist einen kleinen Rückgang auf, obwohl die Ausfuhr der Hüttenproduktion, besonders der Zinkproduktion, gestiegen ist. In der Maschinenindustrie ist keine Veränderung eingetreten. Der Umsatz stockt hier völlig. Nach Streikbeendigung in der Textilindustrie ist eine wesentliche Belebung eingetreten, die auch mit dem Dollarsturz im Zusammenhang steht. Die Bekleidungsindustrie weist einen kleinen Aufschwung auf. In allen anderen Industriezweigen ist keine wesentliche Veränderung zu verzeichnen.

Der Arbeitsbeschaffungsfonds ohne Geld

Kreditgewährung an die Kommunen und staatliche Unternehmungen — Halbfertige Bauten werden fertiggestellt — Massenbesuche beim Arbeitsbeschaffungsfonds — Direktor Madejski über die Aufgaben des Arbeitsbeschaffungsfonds

Der Arbeitsbeschaffungsfonds hat bekanntlich drei Direktoren bekommen, die da die Pläne über jene Arbeiten entwerfen, die mit Hilfe des Arbeitsbeschaffungsfonds, ausgeführt werden sollen. Natürlich reisen die drei Direktoren im Lande herum, weil sie sich mit der

Zweckmäßigkeit der Notstandsarbeiten

vertraut machen müssen. Sie müssen wissen, ob diese Arbeiten der Intention des Arbeitsbeschaffungsfonds entsprechen. Auf der anderen Seite belasten die Verwaltungsausgaben den Arbeitsbeschaffungsfonds, aber dagegen läßt sich schlecht was machen.

In Oberschlesien weilte vor einigen Tagen der Direktor Madejski, der das Industriegebiet bereiste und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Arbeiten prüfte. Der Direktor war in Myslowitz, in Sohrau, Rybnik, im Teschener Gebiet und bereiste auch Dombrowa Gornicza. Beim Verlassen des Industriegebietes hat Direktor Madejski der „Zachodnia“, über die Aufgaben des Arbeitsbeschaffungsfonds interessante Mitteilungen gemacht, die wir hier wiedergeben möchten, zumal unsere Arbeitslosen sich nicht immer im Klaren über die Aufgaben des Arbeitsbeschaffungsfonds sind, obwohl wir darüber wiederholt ausführlich geschrieben haben.

Sechs Wochen sind bereits um als der Arbeitsbeschaffungsfonds konstituiert wurde. Herr Madejski sagt, daß die

Büroräume des Arbeitsbeschaffungsfonds täglich belagert werden,

daß ganze Scharen von Arbeitern und Angestellten die Büroräume aufsuchen. Die drei Direktoren sollen sich in den Amtsräumen gar nicht wohl fühlen, denn in den Warteräumen sitzen so viel Interessenten, daß man sie gar nicht abfertigen kann. Meistens sind das Arbeiter, die da herumfragen, ob man sie nicht zur Arbeit anstellen wird. Die Arbeiter und auch die Kopfarbeiter nicht ausgenommen, sind der Meinung, daß der

Arbeitsbeschaffungsfonds sie direkt zur Arbeit anstellen wird,

sobald sie arbeitslos sind. Manchmal kommen die Leute weit von Auswärts nach Warschau, in der Hoffnung, daß sie gleich zur Arbeit aufgenommen werden. Ihre Enttäuschung ist dann sehr groß.

Der Arbeitsbeschaffungsfonds gibt niemanden Arbeit.

Er organisiert nur die Arbeit, prüft die Rentabilität der aufzunehmenden Arbeit und verteilt die Kredite an die einzelnen Unternehmungen, die die Notstandsarbeiten ausführen. Am interessantesten dürfte es sein,

daß der Arbeitsbeschaffungsfonds bis jetzt über kein Geld verfügt.

Kein einziger Groschen ist von den vielen Steuern, die zugunsten des Arbeitsbeschaffungsfonds den Bürgern auferlegt wurden, eingelaufen. Die ersten Eingänge erwartet man erst zu Beginn des Monats Juni und vorläufig lebt der Arbeitsbeschaffungsfonds, von den Vorschüssen, die ihm die Regierung auf die erwarteten Einnahmen zahlt. Damit läßt sich auch erklären, warum bis jetzt keine Notstandsarbeiten in Angriff genommen wurden.

Neben den Notstandsarbeiten will der Arbeitsbeschaffungsfonds die

angefangenen Häuser fertigstellen.

Selbst in unserer Wojewodschaft stehen sehr viel Bauten, die halb fertig sind. Zum Teil sind es Schulhäuser, die von den Gemeinden unter Dach gebracht wurden und jetzt warten die Gemeinden vergeblich auf eine Wojewodschaftshilfe, bezw. neue Anleihe und können diese Gemächer nicht fertig stellen und ihren Bestimmungen zuführen. Der Arbeitsbeschaffungsfonds will diese Bauten fertig stellen und will für diese Zwecke 5 Millionen Zloty bestimmen. Das ist ein bescheidener Betrag für das ganze Reich und dafür wird man nicht viel schaffen können. 1 200 000 Zloty sollen außerdem für Arbeiterhäuserbauten verwendet werden. Es sind billige Holzbauten vorausgesehen, lediglich mit Kleinwohnungen.

Grundsätzlich wird der Arbeitsbeschaffungsfonds die Notstandsarbeiten die vom Staate bezw. den Gemeinden ausgeführt werden, durch Kreditgewährung finanzieren. Nun fragt es sich, ob die Gemeinden von dem Angebot Gebrauch machen werden. Wir kennen schon heute Gemeinden,

die solche Angebote abgelehnt haben.

Wir verweisen hier auf die Stadtgemeinde Nikolai, die eine Anleihe ausgeschlagen hat. Wohl sind die Bedingungen, die man den Gemeinden bietet, recht günstig, weil die Verzinsung der Anleihe nur 2 Prozent beträgt, aber manche Gemeinden wollen selbst diese billigen Anleihen nicht haben, weil sie schon ohnehin sich kein Rat vor lauter Schulden wissen.

Man war anfangs der Meinung, daß der Arbeitsbeschaffungsfonds die Arbeiten finanzieren und den Gemeinden Subventionen gewährt.

Diese Meinung hat sich als irrig erwiesen.

Der Arbeitsbeschaffungsfonds will auch neue Bahnlinien bauen und zwar Warschau—Radom—Miechow—Szczakowa. In der Schlesischen Wojewodschaft werden die Bahnen zum Teil aus den Budgetbeträgen der Schlesischen Wojewodschaft und zum Teil aus den Anleihen des Arbeitsbeschaffungsfonds gebaut. Spezielle Aufmerksamkeit will man dem Ausbau der Landstraßen widmen. Der Landstraßenfonds hat nämlich völlig versagt und jetzt will der Arbeitsbeschaffungsfonds einspringen und dem Landstraßenbaufonds aushelfen. Es wird sich bald zeigen, welcher Fonds mehr zu leisten im Stande ist. Die Massenverkehrswege sollen natürlich auch ausgebaut werden. Darunter ist vor allem die Weichsel, dann die Brynica und die Schwarze Przemsa gemeint. Die beiden letzteren Flüsse durchfließen die Industriebezirke, Schlesien und Dombrowa Gornicza und hier ist die Arbeitslosigkeit am größten. Auch Straßenbahnen sollen neuerbaut werden. Für diese Zwecke sind 2 300 000 Zloty bestimmt.

Das Wasserleitungsnetz wird auch ausgebaut. 6 Städte sollen die Wasserleitung bekommen. Für diese Arbeiten wird ein Betrag von 3 Millionen Zloty erforderlich sein.

Außerdem muß der Arbeitsbeschaffungsfonds die „pomoc dorazna“ an die Arbeitslosen weiter zahlen.

Er hat von dem Arbeitslosenhilfsfonds die Agenden übernommen und muß diese Hilfsaktion weiter führen.

Aus den Plänen geht hervor, daß man nicht nur die Arbeit, aber auch die Geldbeträge verteilt hat. Leider Gottes sind diese Beträge einstweilen noch gar nicht eingelaufen.

Polen liefert Schuhe nach Sowjetrußland

Die polnische Schuhmacherinnung hat von Sowjetrußland einen größeren Auftrag auf Lieferung von Schuhen zugewiesen bekommen. Es handelt sich um die Lieferung von billigen Schuhen und man hat festgestellt, daß die Probelieferung ganz gut ausgefallen ist. Die Schwierigkeit besteht darin, daß Sowjetrußland die Ware nicht gegen Barzahlung abnehmen kann, sondern langfristige Kredite verlangt, die jedoch die polnischen Schuhmacher nicht gewähren können, weil sie auch nirgends Kredite erhalten. Daran kann eben die gaze Sache scheitern. Hier könnte nur die polnische Regierung helfend eingreifen, aber es ist fraglich, ob sie den Schuhmachern helfen wird. Gerade das Schuhmachergewerbe leidet fürchterlich unter der Einwirkung der Wirtschaftskrise, denn hier sind die Umsätze um 80 Prozent im Vergleich zu 1929 zurückgegangen. Auch ist die Ausbeutung der Schuhmachergesellen sehr groß. Es ist eine alt bekannte Tatsache, daß der Macherlohn von ein Paar Schuhen 1 Zloty beträgt. Die Schuhmacher leiden direkt Hunger, selbst wenn sie täglich 14 Stunden arbeiten.

Betr. Zulassung von Rechtskonsulenten

Im Amtsblatt Nr. 31 wird eine ministerielle Verordnung veröffentlicht, welche am 3. Juni d. Js., innerhalb der Wojewodschaft Schlesien, Rechtskraft erlangt. Nach dem Wortlaut dieser Verordnung wird die Tätigkeit der Rechtskonsulenten bestimmten Bedingungen unterworfen. Dieses Gesetz erstreckt sich ferner auf Büros, die sich mit der Anfertigung von Gesuchen an Gerichts- und Verwaltungsbehörden befassen. Nicht hierzu berechtigte Institutionen dieser Art (Büros ohne Konzession) müssen ihre Tätigkeit Ende des laufenden Jahres einstellen.

Nichtbefolgungen werden mit Freiheits-, bezw. Geldstrafen geahndet.

y.

Vor dem Urteil im Kattowitzer Krankenkassen-Skandal

Am gestrigen Dienstag wurde vor der Strafkammer des Landgerichts Kattowitz in der Korruptionsaffäre gegen Direktor Dragan von der Ortskrankenkasse für den Landkreis Kattowitz, weiter verhandelt. Dragon wird bekanntlich vorgeworfen, daß er bei Erwerb des Hausgrundstückes des damaligen Besitzers Wrobel, ul. Mikolowska, hohe Entschädigungssummen, gewissermaßen als indirekte „Vermittlungsgebühr“ entgegennahm, bezw. direkt anforderte. Auf diese Weise aber wurde der Vorstand der Krankenkasse schwer geschädigt, da sich die Kaufsumme um etwa 2 000 Dollar erhöhte. Schon am ersten Verhandlungstag fanden sich Zeugen, die für Dragon ungünstig aussagten und hervorhoben, daß der Beklagte einen Aufwand betrieb, der in keinem Verhältnis zu seinen Bezügen stand. Die Dienstag-Verhandlung war für die Vernehmung der Eheleute Wrobel vorgesehen, die sich aber in Deutschland befinden und nicht erschienen. In der weiteren Folge verzichtete das Gericht auch auf Vernehmung der noch übrigen Zeugen, worauf die Prozeßsache auf den heutigen Mittwoch verlegt wurde. Die Urteilsverkündung soll heute erfolgen.

y.

Der „Volkswille“ beschlagnahmt

Die gestrige Ausgabe des „Volkswille“ wurde wegen der Notiz: „Die Klimontowgrube neuerlich durch die Arbeiter besetzt“, beschlagnahmt. Wir haben diese Notiz der polnischen Presse entnommen, und es lag uns völlig fern, irgend welcher Behörde Vorwürfe machen zu wollen. Ueber die Klimontowgrube schreibt die polnische Presse viel ausführlicher schon seit einigen Tagen und wir haben hier nur unsere journalistische Pflicht erfüllt, als wir unseren Lesern diese Dinge zur Kenntnis brachten.

Kattowitz und Umgebung

Die nächste Stadtverordnetensitzung.

Am morgigen Donnerstag, den 1. Juni, nachmittags 12 Uhr, findet in Kattowitz eine Stadtverordnetensitzung statt. Das Programm sieht insgesamt 26 Punkte zur Erledigung vor. U. a. handelt es sich um nachstehende, wichtige Vorlagen: Bereitstellung einer Summe von 64 Tausend Zloty für die Erweiterung der Markthalle, von 10 Tausend Zloty für Anschaffungen für die Technische Abteilung, von 96 Tausend Zloty zur Deckung der Ausgaben für Errichtung und Erhaltung der Legalisierungs-Station beim städt. Wasserwerk; von weiteren 25 Tausend Zloty für Beschäftigung Erwerbsloser im städt. Gartenbaubetrieb; Bewilligung von 8500 Zloty zum Einbau eines neuen Kessels für die Zentralheizung im städt. Gebäude am Plac Wolnosci 16; von 14 Tausend Zloty für Instandsetzungsarbeiten an der Zentralheizung im Mädchen-Gymnasium, von 2700 Zloty für Ausbesserungsarbeiten an der Spülanlage in der Handelsschule, Streichung einer Summe von 51 129,44 Zloty, die nicht mehr einzuziehen ist; Verkauf von städt. Terrain, zwecks Schaffung von Räumen für Schüler der Techn. Hochschule, ferner für Bau eines Gebäudes für die Bahnhofsmission, sowie einer Arbeitslosenküche; Festsetzung eines Gebührentarifs für die Benutzung der Kanalisationseinrichtungen im Bereich von Groß-Kattowitz; Bestätigung einer Reihe von Projekten, betr. den Umbau der Rawabrücke in Richtung der ul. Skosna, Ausbau der ul. Ki-

[illegible]ego und Wandy und zwar auf bestimmten Abschnitten; Verteilung der anteiligen Kosten für Ausbau verschiedener Straßenzügen Ankauf der 6 prozentigen Staatsschatzscheine Serie Nr. 1 für die Summe von 50 Tausend Zloty; Festsetzung und Anerkennung des Nachtrags-Etats (außerordentl. Etat) in Höhe von 799 303,69 Zloty, Abschluß der Jahres-Rechnungsbelege für 32-33 des städt. Schlachthofes; Aufnahme einer Anleihe aus dem Arbeitsfonds in Höhe von 244 200 Zloty für Beschäftigung Erwerbsloser bei öffentlichen Arbeiten. y

Außerordentliche Sitzung der Stadt-Krankenkasse. Am heutigen Mittwoch, um 8 Uhr abends, findet im Sitzungssaal des Stadthauses, ul. Pocztowa in Kattowitz, eine außerordentliche Versammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Kattowitz statt. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte zur Erledigung. y.

Amtsstunden beim städtischen Standesamt am 2. Pfingstfeiertag. Die Amtsstunden beim städtischen Standesamt im Magistratsgebäude, ul. Pocztowa 2 in Kattowitz, 1. Stockwerk, wurden für den 2. Pfingstfeiertag von 11 bis 12 Uhr vormittags festgesetzt. In dieser Zeit können evtl. eintretende Sterbefälle zur Anmeldung gebracht werden. y.

Deutsche Büchereien. Die Bücherei für Kunst- und Wissenschaft und die Volksbücherei bleiben ab 1. Juni d. Js. auf die Dauer von 3 Monaten am Sonnabend Nachmittag geschlossen.

Wem gehören die Fundgegenstände? Beim städtischen Fundbüro, ul. Pocztowa 2, 3. Stockwerk, Zimmer 56, können 2 Geldbörsen mit kleineren Geldbeträgen, verschiedene Dokumente, Schlüssel und ein Hut von den rechtmäßigen Eigentümern abgeholt werden. Dienststunden täglich von 8 Uhr vormittags. y.

Eichenau. (Eine Maurerprüfung ohne Maurer.) Ueber die vielen Ummeldungen aus der polnischen in die deutsche Schule sind die Eichenauer Patrioten, mit den Schulleitern an der Spitze nicht sehr erbaut. Trotz Einschüchterungsversuchen blieb ein großer Teil der Eltern standhaft und besteht darauf, daß das Kind in die deutsche Schule aufgenommen wird. Nun griffen die Herren zum letzten Akt, um noch einige Kinder in der polnischen Schule zu behalten. Sämtliche umgemeldeten Kinder wurden von den Schulleitern einer Prüfung unterzogen. Gewiß haben nicht alle Kinder die an sie gestellten Fragen beantworten können, aber die Lehrer haben kein Recht die Kinder einer Prüfung zu unterziehen. Maßgebend ist hier der Wille der Eltern. Auch leben wir in einem freien Staate wo jeder Bürger das Recht hat, sich für die oder jene Nation zu bekennen. *

Königshütte und Umgebung

Raubüberfall vor Gericht.

In der Nacht zum 23. März d. Js. wurde auf den Reisenden Thomas Nowak aus Königshütte an der ulica Cmentarna, als dieser angeheitert ein Lokal verlassen hat, ein Raubüberfall verübt. Als er durch einen Seitenausgang das Lokal verlassen hatte, und auf den Hof durch die Straße gelangen wollte, stürzten sich mehrere Männer auf ihn. Nachdem nun N. zu Boden geschlagen wurde, entwendeten ihm die Täter mehrere Hundert Zloty und eine Taschenuhr. Noch in derselben Nacht gelang es der Polizei den Haupttäter Alois Kubicki von der ulica Cmentarna zu verhaften, bei dem auch noch die 100 Zloty und die Uhr vorgefunden wurden. Unter dem Verdacht der Beihilfe wurden seine Freunde Johann Bienek, Gerhard Rataj und Alfred Pniok, alle von der ul. Cmentarna, mitverhaftet.

Am Dienstag hatten sich nun die vier Verhafteten von der erweiterten Strafkammer in Königshütte zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab folgende Einzelheiten: Die Angeklagten weilten an dem Abend in der Gastwirtschaft von Meiß. Gegen 21 Uhr betrat auch Nowak die Schankstätte. Als sie bei ihm einen größeren Geldbetrag feststellten, beschlossen sie den Ueberfall. Nach der Polizeistunde wurde auch N. im finsteren Hofe von Kubicki angefallen, während die anderen auf der Straße warteten. Nach der Tat begab sich Kubicki mit Rataj und Bienek in das Grand-Kaffee, wo sie für einen Teil des Geldes zechten. Vor Gericht erklärten die Angeklagten Rataj, Bienek und Pniok, daß Kubicki den Ueberfall allein ausgeführt hat. Später habe er ihnen erklärt, daß er eine Rente erhalten habe und darum in der Lage sei, etwa auszugeben. Der Hauptangeklagte K. wiederum erklärte, daß ein Ueberfall nicht erfolgt sei. Nowak habe beim Verlassen des Lokals im Hofe eine politische Aeußerung gemacht und er als Aufständischer habe ihn daraufhin ins Gesicht geschlagen. N. sei dadurch gestürzt und habe das Geld verloren. Auf weitere Einzelheiten will er sich nicht mehr entsinnen können. Belastend waren die Aussagen des Geschädigten, der angab, daß er von mehreren Personen angefallen wurde und die im Handgemenge das Geld und die Uhr entwendet haben. Die weitere Zeugenvernehmung dauerte bis in die späten Nachmittagsstunden. Nachdem noch der Staatsanwalt Dr. Rolecki und die drei Verteidiger gesprochen hatten, wurde eine wichtige Zeugin, Elisabeth Danisch von den Angeklagten genannt, die sich aber gegenwärtig im Krankenhaus befindet. Nachdem die Verteidigung auf die Vernehmung der Zeugin bestanden hat, mußte die Verhandlung vertagt werden. k.

Unglücksfall. Im Hofe des Hausgrundstückes an der ulica Sobieskiego 20 ereignete sich am Montag ein Unfall. Von einem Balkon löste sich ein Stück Putz und traf die, im Hofe spielende, 7 jährige Luzie Jankow am Kopf. Das Kind mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden. k.

Auf frischer Tat gefaßt. Die Arbeitslosen Anton R. von der ulica Grunwaldska 6 und Adolf L. von der Bytomska 99 waren im Begriff vom Versuchsschacht der Skarboferme mit einem Wagen Zinkrohre wegzufahren, als sie von der Polizei unterwegs gestellt wurden. Das Diebesgut wurde der Grubenverwaltung wiedergegeben. k.

Ein gefährlicher Verehrer. Vor der Strafkammer in Königshütte hatte sich der Paul Pajonczyk und Max Kaleja aus Bismarckhütte, wegen schwerer Bedrohung zu verantworten. P. hatte einen Verkehr mit der Tochter des Johann Lepiorz. Der Vater widersetzte sich diesem und lehnte eine Heirat mit dem P. ab. Dieser wiederum wollte von dem Mädchen nicht lassen und versuchte den Vater dadurch einzuschüchtern, daß er mit seinem Freunde K. häufig in die Wohnung des L. kam und diesen mit einem Messer bedrohte, falls er seine Ansicht über die Heirat nicht ändern sollte. Für ein solches Vorgehen eines Verehrers hatte das Gericht kein Verständnis und verurteilte beide Angeklagte zu einem Monat Gefängnis ohne Bewährungsfrist. k.

Roter Sport

Schwankende Form der Gieschewalder Sila — Myslowitz mußte gegen [illegible]helmine schwer kämpfen — Jednosć Zalenze in Nikolai 5:1 geschlagen! — Neuigkeiten aus dem Bezirk

R. K. S. Sila Janow — R. K. S. Sila Gieschewald 4:1 (1:0)

Gieschewald ging mit nicht allzu großen Aussichten in den Kampf, da sie bereits in den letzten Kämpfen, wenn nicht einen Rückgang, so doch aber eine sehr schwankende Form an den Tag legten. Janow dagegen auf eigenem Boden, setzte alles auf eine Karte und — gewann. Nachdem bis zur Pause die Gäste noch ein offenes Spiel erzwingen konnten, teilweise vielleicht ein kleines technisches Plus hatten, drehten die Gastgeber nach dem Wechsel mächtig auf und erhöhten das Halbzeitergebnis noch um 3 weitere Tore, während Gieschewald nur zum Ehrentreffer kommen konnte. Für seine unschöne Spielweise mußte der Janower Rechtsaußen unter die Zuschauer. Torschützen für den Sieger: Koniecko und Strzewicek je 2.

R. K. S. Sila Myslowitz — R. K. S. Wilhelminehütte 3:2 (2:1).

Dieses Spiel war alles andere, nur kein Fußballspiel im Sinne des Arbeitersportes. Von den Wilhelminehüttern wurde eine zu scharfe Note hereingebracht, so daß 3 Mann der Sila verletzt wurden. Es war eine ausgesprochene Punktejagd, an der sich auch die Zuschauer beteiligen wollten, so daß der Unparteiische alle Mühe hatte, um dieses Rennen noch zu Ende zu führen.

R. K. S. Naprzod Bittkow — R. K. S. Wolnosc Zalenzerhalde 3:0 (2:0).

Um es vorweg zu sagen; Bittkow hat das Spiel in dieser Höhe verdient gewonnen. Die Gäste zeigten sich nicht gerade von der besten Seite. Einige ihrer Leute sind sehr laut und unerzogen. Auch von dem gefürchteten Endspurt der Wolnosc war diesmal nicht viel zu sehen, so daß die Gastgeber den erkämpften Vorsprung bis zum Schlußpfiff unangefochten halten konnten.

K. S. Stadion Nikolai — R. K. S. Jednosc Zalenze 5:1 (!).

Jednosc scheint sich die ganze Expedition auf die leichte Schulter genommen zu haben und bekam dabei tüchtig auf den Latz. Trotz hoher Ueberlegenheit in punkto Ballbehandlung, Stellungsspiel und andern Fußballkünsten wurden keine zählbaren Vorteile erreicht, während umgekehrt die Nikolaier bei ihren Durchbrüchen immer gefährlich waren. Weit unter seiner sonstigen Form spielte diesmal Borowski in der Zalenzer Verteidigung, während Pracz durch sein Mundwerk unangenehm auffiel. Ganz abgesehen von diesen Schönheitsfehlern müßte sich Zalenze doch bewußt sein, daß sie einer der stärksten Klubs unseres Bezirkes sind und bei Freundschaftsspielen mit Vereinen aus dem bürgerlichen Lager mithin den Arbeitersport repräsentieren. Und mit solchen Ergebnissen ist diesen Ansprüchen in keiner Weise Rechnung getragen. Also — beim nächsten Mal bitte nicht spielen, sondern kämpfen.

Am Pfingstsonnabend Meisterschaften der Schwerathleten.

Zu den am genannten Tage im Saale der Reichshalle stattfindenden Landesmeisterschaften der Ringer und Stemmer sind zahlreiche Meldungen aus allen Bezirken eingelaufen, so daß die heimischen Kämpfer auf stärkste Konkurrenz rechnen müssen. Es dürfte durchweg spannende Kämpfe geben.

Arbeitersporttag in Bielitz.

Der Bielitzer Unterbezirk organisiert für den 25. Juni, dem sogenannten Weltarbeitersporttag, ein Sportfest, zu welchem alle Vereine unseres Bezirkes eingeladen sind. Neben leicht- und schwerathletischen Kämpfen Geräteturnen und Massenfreiübungen finden zahlreiche interessante Hand- und Fußballspiele statt, an denen sich natürlich auch Gastvereine beteiligen können. Anmeldungen müssen an die Adresse des Genossen Wisniewski, Bielsko, Dom Robotniczy, erfolgen.

Internationales Arbeitersportfest in Kattowitz.

Für den 15. und 16. Juli hat der schlesische Bezirk ein Sportfest, und zwar unter internationaler Beteiligung ausgeschrieben. Alle Sparten werden dabei Betätigung finden. Wir werden das geplante Programm noch ausführlich behandeln. U. a. finden Repräsentativspiele in Fuß- und Handball statt. Alle Vereine müssen von nun ab mit aller Energie für diese beiden Tage rüsten, an denen die schlesischen Arbeitersportler wieder einmal beweisen müssen, welches Leben in ihren Reihen pulsiert und daß sie es sind, die im wahrsten Sinne des Wortes Massensport betreiben.

Leitergerüste und ihre Gefahren. Gegenwärtig werden an vielen Wohnhäusern Leitergerüste für Abputz- oder Anstricharbeiten aufgestellt. Es ist interessant zu beobachten, mit welcher Schnelligkeit die großen Gerüstleitern, die bis zum Dach hinaufreichen, aufgestellt und befestigt werden, wie dann stockweise die Laufbretter auf die Sprossen zu liegen kommen, die Materialienaufzüge festgemacht und die Schutzvorrichtungen angebracht werden. Trotz dieser Schutzvorrichtungen, die von der Baupolizei unbedingt gefordert werden, kommt es leider nur zu oft vor, daß Maurer, Bauarbeiter oder sonstige auf dem Gerüst Beschäftigte abstürzen oder in anderer Weise Unglücksfälle erleiden. Die Arbeiter auf dem Gerüst sind fortwährend von Gefahren umlauert. Ein einziger Fehltritt oder ein Abrutschen kann ihnen jahrzehntelang Siechtum oder gar den Tod bringen. Der Arbeitsmann auf dem Gerüst ist eben so gefährdet, als sein Bruder „Unter Tage“. Vor einigen Jahren ereignete sich ein schwerer Gerüsteinsturz dadurch, daß ein Materialstrick von einem gerade fahrenden Autobus erfaßt wurde, wodurch ein Familienvater von fünf Kindern zu Tode kam und andere Arbeiter schwer verletzt wurden. Das Gericht hat den angeklagten Chauffeur später freigesprochen, weil hier eine ganz unglückliche Verkettung zufälliger Umstände vorlag. Oft liegen die Dinge so, daß Unternehmer aus falscher Sparsamkeit den Bauarbeiterschutz vernachlässigen. Es wäre eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit, daß ein Bauzaun überall angelegt würde, um das vorbeigehende Publikum vor Unglücksfällen zu schützen. Wo das Gerüst durch einen Bauzaun nach der Straße hin abgegrenzt ist, haben es auch die Kinder nicht so leicht, nach Feierabend auf den Leitern emporzuklettern und sogar auf den Zwischenbohlen zu laufen. In solchen Fällen sollten auch Erwachsene mehr eingreifen, die statt dessen meist stillschweigend vorübergehen und die Kinder nicht an den lebensgefährlichen Klettereien hindern. Einen großen Schutz für das Publikum und auch für die Gerüstarbeiter bilden die sogenannten Ganggerüste, die das herabfallende Geröll aufhalten. Einen wirksamen Schutz bei Dacharbeiten bildet für Dachdecker und Klempner das Anseilen, daß jedoch den Nachteil hat, bei der Arbeit behindert zu werden.

Siemianowitz

Die Entlassungen in der Laurahütte nicht genehmigt.

Laut Benachrichtigung des Demobilmachungskommissars sind die Kündigungen der 63 Arbeiter in der Laurahütte ungültig, so daß die Entlassung dieser Arbeiter nicht erfolgen darf. Die Verwaltung der Laurahütte hat über eine neuerliche Kündigung von Arbeitern bis jetzt noch keine Nachricht an den Betriebsrat ergehen lassen, so daß mit einer neuerlichen Kündigung nicht mehr zu rechnen ist. Zudem hat sich die Arbeitslage in der Vereinigten Königs- und Laurahütte durch größere Sowjetaufträge wesentlich gebessert, so daß zu einem weiteren Abbau von Arbeitern kein Anlaß mehr vorliegt. o.

Sitzung der kommissarischen Stadtrada. Am heutigen Mittwoch um 6 Uhr abends, findet im Magistratssitzungssaal die fällige Stadtverordnetensitzung statt. o.

Wegen Verbreitung von Falschgeld verhaftet. Am gestrigen Wochenmarkt versuchte ein alter Mann, anscheinend aus Kongreßpolen, an verschiedenen Marktständen falsche Zwanzigzlotyscheine beim Einkauf von Waren in Zahlung zu geben. An einem Fleischerstand erkannte man den, in Zahlung gegebenen, Geldschein als unecht und rief die Polizei herbei, welche den Mann verhaftete. Bei der Untersuchung der Taschen wurden noch etliche falsche Zwanzigzlotyscheine vorgefunden. o.

Jugendlicher Marktdieb. Ein Knabe im Schulalter wurde von Markthändlern beobachtet, wie er von verschiedenen Marktständen Lebensmittel stahl. Er wurde verfolgt und mit einer Tracht Prügel belohnt. o.

Große Razzia auf den Biedaschächten. Trotz des polizeilichen Verbotes wird noch weiter in den Biedaschächten nach Kohle gegraben. Gestern veranstaltete eine Polizeipatrouille an den Biedaschächten eine Razzia und vertrieb die dort arbeitenden Arbeitslosen und die Fuhrleute. Etliche Fuhren Kohle sollen beschlagnahmt worden sein. o.

Kein Geld zur Lohnzahlung. Die Gruben- und Hüttenverwaltung machen durch Ausschlag bekannt, daß die Abschlagszahlungen in vorschriftsmäßiger Zeit aus Mangel an Bargeld nicht stattfinden können. Der Zeitpunkt der Zahlung wird noch bekanntgegeben werden. o.

Brieftaubensport. Der Brieftaubensportverein „Naprzod“ hat am Sonntag, den 28. d. Mts., 500 Brieftauben von Skierniewicze aus fliegen lassen. Die Flugstrecke bis Siemianowitz beträgt 220 Kilometer. o.

Myslowitz

Mehlausgabe an die Arbeitslosen. Von seiten des Myslowitzer Magistrats wird bekannt gegeben, daß verheiratete Arbeitslos von nun an nicht mehr Brot, sondern Roggenmehl zur Verteilung gelangt. Die Ausgabe des Roggenmehls erfolgt am 1. Juni und kann bei folgenden Kaufleuten abgeholt werden. Lipowiec, ul. Polna; Frajer, ul. Parkowa; Skrolala, ul. Bytomska und Zymelka, Rynek. Ledige Arbeitslose empfangen in der Arbeitslosenküche am 1. Juni Bons, die sie zum Brotabholen vom Bäckermeister Kozak berechtigt. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Ruda. (Arbeiter sollen den Direktoren helfen.) Die Arbeiter der Wawelgrube bekamen am 1. Mai einen neuen Direktor, der angeblich deutscher Gesinnung sein soll. Dieser Direktor soll sich mit einem Gehalt von 9000 Zloty begnügen, wovon er noch 1000 Zloty den Arbeitslosen opfert. Dies hat die polnischen Direktoren aus dem Häuschen gebracht. Auch will dieser Direktor die sogenannten (Kardeks) Sparkommissare, welche aus mehreren Ingenieuren bestehen, aufheben, denn die haben die Administrationskosten bedeutend erhöht, anstatt Ersparnisse zu machen. Nun bangen die vielen Direktoren um ihre Futterkrippen, denn sie haben 30 000 Zloty an Gehalt und die Tantiemen erhalten. Wie überall, so sollen auch hier die Arbeiter diejenigen sein, die den Karren aus dem Dreck ziehen werden. Natürlich wird der Patriotismus in die Wagschale gelegt, der nach Angabe der gutbezahlten Patrioten gefährdet ist. Die Direktoren fordern die Arbeiter auf, gegen den neuen Direktor zu protestieren, denn das was er macht, schadet der Allgemeinheit. Die Direktoren zählen sich also zu der Allgemeinheit und wollen mit den Arbeitern protestieren, nicht gegen die Hungerlöhne der Arbeiter, denn die gehen sie nichts an, sondern gegen einen Abbau ihrer fürstlichen Bezüge. Wir sind neugierig, was die Arbeiter der Wawelgrube unternehmen werden. Werden sie wirklich mit den Direktoren, von denen sie jahrelang ausgebeutet wurden, deren hohe Gehälter schuld sind, daß die Krise ein solches Ausmaß angenommen hat, protestieren? *

Pleß und Umgebung

Zwei Banditen leisten sich einen „Scherz“.

Am 4. April d. Js. wurde auf der Strecke zwischen Dziedzitz und Goczalkowitz der Josef Tomaszczyk von zwei Tätern angefallen. Die Banditen hatten es auf die Aktentasche des T. abgesehen, in welcher sich ein Betrag von 350 Zloty befand. Tomaszczyk leistete aber Widerstand und nützte den günstigsten Moment aus, um sich auf sein Fahrrad zu schwingen und schnell davonzufahren. Allerdings konnte er nach einiger Zeit auf dem beschwerlichen Wege nur langsam vorwärts und wurde bald von einem der Verfolger eingeholt. Aber auch jetzt stellte der Ueberfallene seinen Mann. Er ließ sich nicht verblüffen, sondern schleuderte dem Angreifer das Fahrrad mit Wucht vor die Beine, so daß der Täter Verletzungen davontrug und nicht rasch genug dem Tomaszczyk nachsetzen konnte, welcher sich mit dem Gelde in Sicherheit brachte. Bei den späteren, polizeilichen Erhebungen wurden als Täter der Karol Ryszka und Franciszek Kabuth aus Goczalkowitz, ermittelt. Bei dem Prozeß, der am Dienstag in Kattowitz stattfand, erklärten die Beklagten vor Gericht, daß sie damals stark betrunken gewesen sind, und sich mit dem Tomaszczyk nur einen „Scherz“ leisten wollten. Das Gericht freilich hatte für diese Art von Scherzen kein Verständnis und verurteilte den Ryszka zu 1 Jahr 8 Monaten, den Kabuth zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Da Kabuth noch nicht vorbestraft gewesen ist, wurde ihm eine Bewährungsfrist für die Zeitdauer von fünf Jahren zugebilligt. y.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Die Zentrale des sozialpolitischen Rückschrittes.

Die ablehnende Einstellung der Unternehmer zu allen sozialpolitischen Fortschritten ist bekannt. Jeder Arbeiter weiß aus eigener Erfahrung, daß die Unternehmer nicht nur den Arbeiterschutz grundsätzlich bekämpfen, sondern auch in unzähligen Einzelhandlungen den Arbeitern die sozialpolitischen Rechte vorzuenthalten und streitig zu machen suchen. Immerhin ist es den Gewerkschaften durch ihren unermüdlichen Kampf gelungen, den Widerstand der Unternehmerklasse zum Teil zu überwinden und sozialpolitische Gesetze zu erkämpfen; manchmal findet sich unter den Unternehmern auch ein weißer Rabe, der ausnahmsweise nicht die übliche feindselige Haltung zu den Forderungen der Arbeiterklasse einnimmt.

Dagegen kann von den gesetzlichen Vertretungen der Unternehmer gesagt werden, daß sie durchwegs fast alles Verständnis für die Sozialpolitik und den Schutz der Arbeiter fehlen lassen. Was von den Arbeitern gefordert wird lehnen in der Regel die Handelskammern von vornherein, zumeist auch ohne stichhältige Begründung, entschieden ab. Es ist schwer, mit ihnen über eine sachliche Angelegenheit sachlich zu diskutieren, weil sie sich von vornherein jedem vernünftigen Argument verschließen. An einer Fülle von Beispielen könnte dargelegt werden, daß die Handelskammern zur Sozialpolitik zumeist eine entschiedenere ablehnende Haltung einnehmen, als die Unternehmer selbst. Es genügt aber zur Charakteristik dessen, darauf zu verweisen, daß sich erst kürzlich die Zentrale der Handelskammern in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit wiederum „grundsätzlich gegen jede schablonenmäßige Herabsetzung der Arbeitszeit“ aussprach, sich jedoch in einzelnen Zweigen der Industrie, in welchen die Bedingungen erfüllt seien, damit einverstanden erklärte, daß die Arbeitszeit durch Einvernehmen der Arbeitgeber reduziert wird. Es gehört kein besonderer Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß, käme es auf die Handelskammer und die Arbeitgeber an, die 40-Stundenwoche für lange Zeit begraben wäre. Die Arbeitgeber würden samt und sonders für die einzelnen Industrien jede Verkürzung des Arbeitstages ablehnen, wobei sie um Argumente zur Begründung ihres Standpunktes nicht verlegen wären.

Es zeigt sich immer wieder, daß die Arbeiter nicht mit Verständnis und Entgegenkommen der Handelskammern und Unternehmer rechnen können, sondern nur durch entschiedenen Kampf ihre sozialpolitischen Ziele erreichen werden.

Im fahrenden Zuge gestorben. Am Sonntag nachmittag fuhr aus dem Bistraier Sanatorium der 53jährige Moses Hold aus Sokolow. Er fuhr von der Station Bistrai-Wilkowitz nach Bielitz, wobei er einen Herzschlag erlitt. Er wurde in Bielitz beerdigt.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 30. d. Mts. drangen unbekannte Einbrecher in die Bodenkammer des Besitzers Lukas in Heinzendorf ein, wobei sie 20 Kilogramm Speck und aus der Stallung 6 Hühner stahlen. Der Schaden beträgt 60 Zloty. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur. — In der Nacht zum 29. d. Mts. drangen Diebe in das Gebäude des Zierer in Czechowitz ein und stahlen aus einem Raume Tischlerwerkzeuge, welche Eigentum eines Kolodziejczyk aus Bielitz waren. Der Schaden beträgt 100 Zloty. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

Handballecke

„Freie Turnerschaft“ Mikuszowice gegen R. K. S. „Sila“ Bielsko 4:2 (1:2).

Dieses Meisterschaftsspiel wurde am Samstag, den 27. Mai um 5 Uhr nachmittags auf dem Sportplatz Biala-Lipnik ausgetragen, welches den Freien Turnern verdient den Sieg brachte, wenn auch es am Anfang für die Turner gefährlich ausschaute, so nur deshalb, weil die Mannschaft noch nicht eingespielt war. Sila spielte in der ersten Halbzeit sehr schön und konnten auch bis zur Pause in Führung bleiben. In der zweiten Hälfte des Spieles hatte sich die Uhr gedreht und die Freien Turner übernahmen das Kommando und somit wurde das Spiel mit dem Siege der Turner beendet. Schiedsrichter Kolinger Karl befriedigte beide Mannschaften mit seiner Leitung. Dieses Spiel zählt eines der schönsten dieser Saison.

Die Arbeitslosen verlangen Antwort

Mit Ende April fuhr in das Wojewodschaftsamt nach Kattowitz eine Arbeiterdelegation aus Czechowitz unter der Führung des Abg. Gen. Machej. Die Delegation wollte dem Wojewoden Grazynski die Forderungen der Arbeiter, speziell der Arbeitslosen vorlegen. Der Herr Wojewode hat die Delegation nicht empfangen, angeblich wegen einer anderen wichtigen Konferenz. Gleichzeitig lehnte auch der Vize-Wojewode Dr. Saloni den Empfang der Delegation ohne Angabe von Gründen ab und empfahl der Delegation beim Vorstand der Abteilung für soziale Fürsorge vorzusprechen. Nachdem aber dieser Naczelnik wieder krank war, schickte man die Delegation zu seinem Stellvertreter Dr. Obierka, welchem die Delegation endlich ihre Forderungen vorlegen konnte. Im demokratischen Polen, wird es bald soweit kommen, daß eine aus der Ferne kommende Arbeiterdelegation nicht mehr durch den Wojewoden, sondern durch seinen Kammerdiener empfangen werden wird.

Die Delegation überreichte dem Stellvertreter des Abteilungsleiters folgendes Memorial: Die Arbeitslosen fordern:

1. Arbeitsverdienst und Arbeitsgelegenheit. Einstellung der Arbeiten durch die sogenannten freiwilligen Arbeitsabteilungen, insolange nicht alle Verheirateten und sonstige Familienerhalter beschäftigt sind.

2. Bei öffentlichen Arbeiten einen Mindest-Tagelohn von 4 Zloty, speziell bei Abarbeiten der erhaltenen Unterstützung. Diese Forderung wird damit begründet, daß die bisherige Verrechnung von 2,50 Zloty per Tag nicht einmal für die allerbescheidenste Ernährung einer Familie ausreicht. Für Wohnungsmiete und für Kleidung bleibt überhaupt nichts. Der Kleidermangel macht sich infolge der langen Krise und Verdienstlosigkeit überhaupt bei den Arbeitslosen recht empfindlich bemerkbar. Durch das schlechte Beispiel der Regierung werden die Privat-Unternehmer ermutigt und zahlen ihren Arbeitern auch nicht mehr. Dadurch wird das Lumpenproletariat gezüchtet, welchem das Los der Allgemeinheit vollständig gleichgültig ist.

3. Wenn die öffentlichen Arbeiten durch die sogenannten freiwilligen Arbeitsabteilungen ausgeführt werden sollen, müssen in einem solchen Falle den übrigen Arbeitslosen und ihren Familienmitgliedern, solche Arbeitslosenunterstützungen ausgezahlt werden, daß das Existenzminimum gesichert ist.

4. Bei den gegenwärtig niedrigen Löhnen ist es notwendig, daß die Wohnungsmieten herabgesetzt werden und daß den Arbeitern und ihren Familien Bekleidung und Beheizung beigestellt werden.

5. Bei Auszahlung der Unterstützung, sowie auch bei Arbeitsaufnahmen sollen die sogenannten Besitzer von Kleinhäuschen in gleichem Maße mit den übrigen Arbeitslosen behandelt werden, wenn die Einnahmen aus ihrem „Besitz“ nach Abzug der Ausgaben, das Minimum der Arbeitslosenunterstützung nicht erreichen.

Seit Ueberreichung dieses Memorandums ist bereits ein Monat verflossen, aber den Wojewodschaftsbehörden ist es noch nicht einmal im Traume eingefallen, auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterdelegation eine Antwort zu erteilen. Alles wird verkehrt gemacht. Unterstützungen gibt es fast gar keine. Arbeitsbataillone werden weiter aufgestellt. Das hindert aber den Wojewoden nicht, bei jeder Gelegenheit zu erklären, daß seine größte Sorge das Los der Arbeitslosen bildet.

Die deutsche Sprache in Amerika.

. . . wäre beinahe Amtssprache geworden. Die bedeutsamste Parlamentsabstimmung aller Zeiten.

Am 4. Juli 1776 trat in Philadelphia, der ersten amerikanischen Bundeshauptstadt, der sogenannte Kontinentalkongreß zusammen, der von Vertretern der 13 englischen Kolonien beschickt wurde, die seit Ende des Jahres 1773 im Kampf mit dem britischen Mutterland lagen und völlige Unabhängigkeit erstrebten, bis sie dann auch nach zehnjährigem wechselvollem Kampf durch den Frieden von Versailles endgültig erreicht wurde.

Der Kontinentalkongreß vom Jahre 1776 hatte die Hauptaufgabe, die Unabhängigkeit offiziell zu proklamieren, was durch einen einstimmigen Beschluß bewerkstelligt wurde.

Dieser Kongreß, der Vorläufer des jetzigen Parlaments der Vereinigten Staaten, hatte aber auch noch andere Aufgaben zu erfüllen, die mit dem Kampf gegen England zusammenhingen. So beschloß er, daß in allen Schulen der 13 Kolonien eine gründliche Reform zugunsten der Pflege des Freiheitsgedanken durchgeführt werden solle. Er verfügte ferner die Beseitigung aller Denkmäler bedeutender Engländer, wie denn überhaupt seine Beschlüsse dokumentieren, daß die abtrünnigen Kolonien von einem tödlichen Haß gegen das Mutterland erfüllt waren.

Die nordamerikanische Union umfaßte damals rund dreieinhalb Millionen Einwohner, unter ihnen etwa 300 000 Deutsche. Das englische Element war weitaus vorherrschend und hatte gerade in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Unabhängigkeitskriegs das französische fast völlig verdrängt. Die Deutschen hingegen hatten es verstanden, ihre Eigenart zu bewahren, und die deutschen Einwanderer waren zum großen Teil auch qualitativ so beschaffen, daß ihnen eine gewisse Sonderstellung zukam. So ist es denn kein Zufall, daß der Kongreß gerade in Philadelphia zusammentrat, der Stadt mit einem damals fast völlig deutschen Gepräge, in dessen Vorort German Town die erste deutsche Siedlung lag, die für weite Teile der Union kulturell tonangebend wurde.

Deutsche, die der Selbständigkeitsdrang aus der Heimat vertrieben hatte, waren es auch, die gemeinsam mit freiheitsliebenden Angelsachsen den Unabhängigkeitsgedanken schürten, so daß die englischen Kolonialbehörden dem deutschen Element nicht gerade freundlich gegenüberstanden und eine zeitlang sogar Ausnahmegesetze gegen die Deutschen in den nordamerikanischen Kolonien in Erwägung gezogen wurden.

Wie stark das deutsche Element zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges in Nordamerika war, zeigt das Schicksal eines Antrages im Kontinentalkongreß kurz nach Proklamation der Unabhängigkeit. Von englischen, nicht etwa deutschen Delegierten mehrerer Kolonien wurde der Antrag eingereicht, Deutsch zur Amtssprache in der Union zu erklären, um damit auch sprachlich die Trennung vom Mutterland zu dokumentiern. Es kam über diesen Antrag tagelang zu dramatischen Verhandlungen, bis schließlich zur öffentlichen Abstimmung geschriten wurde. Das Ergebnis brachte eine einzige Stimme Mehrheit zugunsten der Beibehaltung der englischen Sprache. Wie es heißt, soll ein Delegierter aus einer ehemals französischen Kolonie, der zunächst für die deutsche Sprache gewonnen war, im entscheidenden Moment umgefallen sein, worüber im Kongreß große Erbitterung herrschte.

Diese denkwürdige Abstimmung ist jetzt fast vollkommen vergessen, obwohl sie zweifellos eine der bedeutsamsten Abstimmungen gewesen ist, die jemals in einem Parlament stattgefunden haben. Denn unausdenkbar wären die Folgen gewesen, wenn dieser eine französische Delegierte sich für die deutsche Sprache ausgesprochen hätte. Damit hätte die Weltgeschichte einen grundlegend anderen Verlauf genommen.

Als die Engländer unter Lord Howe im September 1777 die neue Bundeshauptstadt Philadelphia nach einer schweren Niederlage der Truppen der Kolonien unter Washington einnahmen, hausten sie fürchterlich in der Stadt. Die größten Verwüstungen richteten sie in dem Vorort German Town an und mancher friedliche deutsche Einwohner hat dabei den Tod gefunden. Die Zerstörung von German Town war die Rache für den allerdings mißlungenen Versuch, die aufsässigen Kolonien zu einem deutschsprachigen Land zu machen, ein Versuch, für den die Engländer fälschlicherweise in erster Linie die Deutschen verantwortlich machten.

H. H.



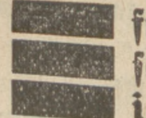
Oben: Propaganda an den alten Häusergiebeln der ehrwürdigen Ostseestadt. Links: ein polnisches, rechts ein deutsches Wahlplakat. Unten: „Sandwich-Männer“ der deutschen und polnischen Parteien in einträchtigem Nebeneinander vor einem Wahllokal.

„Wo die Pflicht! ruft“

Deutsche sozalistische Arbeitspartei Teschner Schlesiens. Achtung Parteigenossen! Am Donnerstag, den 1. Juni l. Js. findet um 6 Uhr abends in der Redaktion der „Volksstimme“ die konstituierende Bezirksvorstandssitzung statt. Da außerdem noch wichtige Punkte auf der Tagesordnung zur Beratung stehen, ist ein vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder des Bezirksvorstandes notwendig.

Genossen! Genossinnen!

In **jeder** Betriebsversammlung
jeder Gewerkschaftsversammlung
jeder Genossenschaftsversammlung
jeder Wählerversammlung
jeder Frauenversammlung
jeder politischen Versammlung
jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation sollt Ihr



für die sozialdemokratische Parteipresse intensivste Werbearbeit leisten!

Rumänische Ausschreitungen gegen Ungarn

Budapest. Die hiesigen Blätter melden in großer Aufmachung aus Klausenburg, daß die Ausschreitungen von einer antirevisionistischen Versammlung heimkehrender Rumänen in den Orten Borreve und Sinfalva sehr großen Umfang angenommen haben. Ganze Häuserreihen wurden in Brand gesteckt. Die ungarische Bevölkerung wurde so schwer mißhandelt, daß es, nach den bisherigen Feststellungen, etwa 70 Verwundete gab. Der 60jährige Sinfalvaer Landwirt Johann Hajdu, der krank in seinem Bett lag, wurde von in sein Haus eindringenden Rumänen erschlagen. In Borreve wurden mehrere Wirtshäuser geplündert.

Nach Gandhis Hungerstreik

Teilerfolge.

Bombay. Gandhis Hungerstreik hatte den Erfolg, daß mehrere Hindutempel für die Unberührbaren geöffnet worden sind. So wurde den Parias der Einlaß in den berühmten Siva-Tempel in Kunschang gestattet. Gandhi wurde davon telegraphisch benachrichtigt. Auch aus Nairobi in der afrikanischen Kolonie Kenia kommt die Nachricht, daß dort zum ersten Male ein Tempel der Hindu-Gemeinde für die Parias geöffnet worden ist.

Vermischte Nachrichten

Schlafmittel.

Nach den Kunstschätzen wurde auch der Hausrat Ivar Kreugers versteigert. Eine reiche schwedische Dame erregte bei dieser Auktion dadurch Aufsehen, daß sie auf das Kopfkissen des toten Spekulanten eine unverhältnismäßig hohe Summe bot. Nach dem Grund dieses teuren Kaufes befragt, antwortete die Schwedin: „Auf diesem Kopfkissen muß man sicher wundervoll schlafen können, wenn — mit seinen riesenhaften Schulden — der Mann ruhig darauf hat liegen können."

Quitt.

„Ottokar, komm her! — Etwas näher, ja!"

Der Vater ergriff seinen Filius am Gripps und schwang den Rohrstock.

„Hast du mir nicht versprochen artig zu sein? Antwort!"

„Ja, Papa!" heulte Ottokar.

„Habe ich dir nicht für den andern Fall Dresche versprochen? Antwort!"

„Ja, Papa!"

„Also gibt es jetzt was aus der Armenkasse, weil du dein Versprechen nicht gehalten hast!"

„Och, Papa — dann brauchst du doch deins auch nicht zu halten"

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

11,58 Zeitzeichen, Glockengeläut; 12,05 Programmansage; 12,10 Presserundschau; 12,20 Schallplattenkonzert; 12,40 Wetter; 12,45 Schallplattenkonzert; 14,00 Wirtschaftsnachrichten; 14,10 Pause; 15,00 Wirtschaftsnachrichten.

Kattowitz.

Donnerstag, den 1. Juni. 11.40: Wie Warschau. 17.00: Polnische und tschechische Lieder. 17.40: Wie Warschau. 19.00: Sportplauderei. 19.15: Schallplatten und Mitteilungen. 19.30: Wie Warschau.



Indianermutter besucht das Grab ihres in Flandern gefallenen Sohnes

Die 80jährige Kate Mike aus dem Stamm der Winnebago-Indianer hat die Reise über den großen Ozean angetreten, um mit anderen Stammesgenossen in Flandern die Gräber der unter amerikanischer Flagge gefallenen jungen Indianer, darunter auch das Grab ihres Sohnes, zu besuchen.

Warschau.

Donnerstag, den 1. Juni. 11.40: Nachrichten. 12.10: Schallplatten. 13.20: Wetter. 15.10: Mitteilungen. 15.25: Schallplatten. 15.35: Frauenfunk. 15.50: Schallplatten. 16.25: Französisch. 16.40: Ueber Jean Ladislaus David. 17.00: Schallplatten. 17.40: Aktueller Vortrag. 18.00: Tanzmusik. 19.00: Allerlei. 19.20: Für Landwirte. 19.30: Literarischer Vortrag. 19.45: Nachrichten. 20.00: Leichte Musik. 21.30: Hörspiel. 22.15: Tanzmusik. 22.55: Mitteilungen. 23.00: Tanzmusik.

Breslau und Gleiwitz.

Gleichbleibendes Werktagsprogramm

.20 Morgenkonzert; 8,15 Wetter, Zeit, Wasserstand, Presse; 13,05 Wetter, anschließend 1. Mittagskonzert; 13,45 Zeit, Wetter, Presse, Börse; 14,05 2. Mittagskonzert; 14,45 Werbedienst mit Schallplatten; 15,10 Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Donnerstag, den 1. Juni. 6.00: Gymnastik: Willy Driske. 6.20: Frühkonzert des Musikzuges der Standarte 94, Weimar. Leitung: Obermusikmeister a. D. Arno Kühn. In den Pausen: 7.00: Zeit, Wetter, Nachrichten. 8.00: Wetter. 10.10: Schulfunk. 11.30: Zeit, Wetter, Nachrichten, Wasserstände. 12.00: Mittag-Konzert des Kleinen Orchesters der Schlesischen Philharmonie. Leitung: Hermann Behr. In einer Pause: 1.00: Zeit, Wetter, Nachrichten, Wasserstände. 2.15: Schallplatten und Reklame 3.40: Der Höhenluftkurort Görbersdorf im Waldenburger Bergland. Vortrag. 3.50: Bücher zur nationalen Erziehung. 4.10: Kleines Konzert. 5.00: Kinder-Stunde. 5.30: Landwirtschafts-Preise. Nachmittag-Konzert der Breslauer Funk-Kapelle. Leitung: Bruno Janz. 6.15: Vom Handweben in Schlesien 6.35: Der Zeitdienst berichtet. 6.50: Wetter, Nachrichten, Schlachtviehmarkt. 7.00: Stunde der Nation. 8.00: Ich hab's gewagt. Hörspiel. 9.00: Nachrichten. 9.10: Das deutsche Orgel-Konzert. 10.00: Wetter, Nachrichten, Sport. 10.20: Beseitigung von Rundfunkstörungen. 10.30: Wochenschluß in der Jugendherberge. Vortrag. 10.45: Aus dem Tagebuch eines Ansagers.

Versammlungskalender

Ausstellung der Nähstuben.

Am Donnerstag, den 1. Juni, finden in Kattowitz und Siemianowitz örtliche Ausstellungen der Nähstubenerzeugnisse statt, am Freitag, den 2. Juni, ebenfalls in Bismarckhütte. Zutritt nur gegen Mitgliedsbücher. In Kattowitz beginnt die Ausstellung abends um 6 Uhr.

Die Ausstellung in Siemianowitz findet am Donnerstag, den 1. Juni, im Verbandsbüro des D. M. V., in der Zeit von 1 bis 6 Uhr nachmittags, statt.

Arbeiter-Sängerbund.

Den Bundesvereinen zur Kenntnis, daß für die Bielitzer Pfingsttour ein Auto zur Verfügung steht und der Fahrpreis 4 Zloty nicht überschreiten wird. Die letzten Meldungen werden am Mittwoch, bei der Probe des Kattowitzer Chores im Lyzeum, entgegengenommen, wobei mindestens 50 Prozent des Fahrpreises anzuzahlen sind. Die Bundesleitung.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Mittwoch, den 31. Mai: Nach Bedarf.

Donnerstag, den 1. Juni: Monatsversammlung.

Sonntag, den 4. Juni: Fahrt nach Nowe-Bierun. Treffpunkt am Sonnabend, abends um ½8 Uhr, in Zentralhotel.

D. S. J. P. Nowawies.

Am Mittwoch, den 7. Juni, Monatsversammlung.

Kattowitz. (Arbeiter-Schachverein.) Am Donnerstag, den 1. Juni 1933, abends 7 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels der Revanchekampf gegen die Arbeitslosen (swietlnica) von Katowice statt. Es ist daher Pflicht aller aktiven Schachspieler, prinzipiell der A-Mannschaft, bestimmt zu erscheinen.

Kattowitz. (T. V. „Die Naturfreunde".) Am Freitag, den 2. Juni, abends um 8 Uhr, findet im bekannten Lokal die fällige Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, an diesem Abend bestimmt zu erscheinen.

Kattowitz. (T. V. „Die Naturfreunde".) Am Sonntag, den 4. und Montag, den 5. Juni, findet eine Tour nach Krzeszowice statt. Der Fahrpreis hin und zurück beträgt 3,40 Zloty. Treffpunkt Sonntag, früh ½5 Uhr, am Bahnhof dritter Klasse. Außerdem findet eine Tour durch die Plesser Oberforsten statt. Fahrpreis, hin und zurück, beträgt 2 Zloty. Treffpunkt Sonntag früh ½5 Uhr, Bahnhof dritter Klasse. Der Fahrpreisermäßigung wegen ist Pünktlichkeit erforderlich. Rücksicht auf Verspätete wird nicht genommen, da die Erledigung der verbilligten Fahrkarten mindestens 20 Minuten erfordert.

Königshütte. (T. V. „Die Naturfreunde".) Am Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinszimmer wichtige Besprechung aller Teilnehmer an der Pfingsttour, über Fahrpreisermäßigung und Abfahrtzeit.

Königshütte. (D. S. J. P.) Am Donnerstag, den 1. Juni, abends um ½8 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt. Pünktliches Erscheinen erwünscht!

Königshütte. (Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität".) Die Monatsversammlung findet am Donnerstag, den 1. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer des Volkshauses statt. Tagesordnung sehr wichtig.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u Inserate verantwortlich: J. V: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.